

Musterschreiben an den DIHK / die regionale IHK

**Protest gegen die Forderung des DIHK nach  
„mittelfristiger“ Abschaffung der Künstlersozialversicherung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie der Presse sowie einem jetzt bekannt gewordenen Schreiben des stellvertretenden Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Achim Dercks, vom 26. November 2007 an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu entnehmen ist, fordert der DIHK Folgendes:

*„Diese Schwierigkeiten, die sich durch die verstärkte Prüfung der Abgabepflicht ergeben, machen eindrücklich die Webfehler der KSV deutlich. Sie ist insgesamt unsystematisch und bürokratisch. Sinnvoll wäre es daher – jenseits der Lösung der aktuellen Probleme – diese Sonderform einer Sozialversicherung mittelfristig nicht weiter fortzuführen.“*

Sehr geehrte Damen und Herren, nicht nur Sie vertreten die Interessen der Wirtschaft. Auch ich bin als freier Journalist Unternehmer und habe mich jeden Tag am Markt zu bewähren. Gleichwohl ist es auch in der Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit, dass für bestimmte Zwecke Kostenanteile durch Umlagesysteme und Abgaben erhoben werden, wenn es um sozial- oder wirtschaftspolitische Zwecke geht.

Die deutsche Wirtschaft ist auf die Kreativität freier Journalisten und Künstler angewiesen, und der Erfolg der deutschen Industrie und des deutschen Handwerks sind ohne sie gar nicht denkbar. Wirtschaft ohne Geist geht nicht, ebenso wie der freie Geist eine wirtschaftliche Grundlage braucht. Daher ist es nur fair und angemessen, wenn sich die Wirtschaftsbetriebe durch die Künstlersozialabgabe an der Finanzierung der Sozialversicherung der freien Journalisten beteiligen. Für mich ist die Künstlersozialkasse unverzichtbar. Der Angriff auf meine soziale Sicherung, der aus Ihrem Hause kommt, ist äußerst bedenklich und sozialpolitisch unverantwortlich.

Ich möchte Sie daher dringend auffordern, Ihre Position in dieser Frage zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen